

Jugendliche brauchen mehr Platz

Zu wenig Freizeitangebote für jüngere Generation - Hilfe für Randgruppen nötig

COBURG. Im ländlichen Raum mangelt es noch immer häufig an attraktiven Freizeit- und Begegnungstätigkeiten für Kinder, Jugendliche und Junge Erwachsene.

Kultusstaatssekretär Hermann Leeb sagte gestern auf dem Bayerischen Landkreistag in Coburg, es sei wichtig, gerade nicht verbandlich organisierten jungen Menschen Räume und Treffpunkte im Örtlichen Bereich zur Verfügung zu stellen. Leeb: "Die Jugend muß Gelegenheit finden, auch außerhalb von Gaststätten und Diskos zusammenzukommen." Gemeinschaft zu erfahren und Freizeit nach eigenen Vorstellungen zu gestalten."

Unter die Arme greifen

Auch künftig müsse, wie Leeb bei einer Podiumstagung „Jugend im Landkreis“ sagte, im ländlichen Raum mehr Gewicht auf die offene Jugendarbeit gelegt werden. Kommunale Jugendpolitik müsse sich zudem verstärken um Randgruppen wie sozial Benachteiligte und gefährdete Jugendliche kümmern. Andererseits, so der Staatssekretär, entfalte auch die ver-

bandliche Jugendarbeit bei weitem nicht mehr die breite Wirkung wie früher. Deshalb müsse vor allem ehrenamtlichen Jugendleitern stärker unter die Arme gegriffen werden.

Gemeindearbeit

Als ermutigendes Zeichen wertete Leeb, daß junge Menschen auch heute noch bereit seien, sich für öffentliche Angelegenheiten in ihrer Gemeinde zu engagieren, wenn ihnen dazu Gelegenheit gegeben werde. Dagegen beklagte der Vorsitzende des sozialpolitischen Ausschusses des Landtages, Karl Heinz Müller (SPD), Schwierigkeiten der „institutionalisierten Jugendarbeit“ auf Landkreisebene. Dort sei kaum noch jemand bereit, Verantwortung etwa im Kreisjugendring zu übernehmen. Noch schwieriger sei es, Kontakte zwischen Jugendlichen und Kommunalpolitikern herzustellen. Hier herrsche meist ein „Nichtverhältnis“.

Der Landkreistag sprach sich für eine sachgerechte Aufgabenteilung in der Jugendhilfe zwischen Staat, Bezirk, Landkreisen und Gemeinden aus. So müsse etwa die Betreuung von

Kindern in Krippen und Horten wie bei den Kindergärten den kreisangehörigen Gemeinden übertragen werden. Auch die Jugendarbeit sei im Rahmen der örtlichen Gemeinschaft eine Aufgabe der Kummunen. Weiter forderte der Landkreistag, die staatlichen Mittel im Jugendhilfebereich nicht zu kürzen und erfolgte Kürzungen rückgängig zu machen. Im Rahmen der Wohnungsbaupolitik sei das familiengerechte Wohnen zu sozial erschwinglichen Mietpreisen besonders zu fördern.

„Neue Allianz“

Für die freien Wohlfahrtsverbände forderte Senator Franz Xaver Ertl die Staatsregierung auf, sich stärker in der Jugendpolitik zu engagieren. Nötig sei eine „neue Allianz“ für positive Lebensbedingungen für junge Menschen. Zur Förderung von Angebot und Hilfen müsse eine politische Lobby gewonnen werden. Ferner trat Ertl für die Fortschreibung des Landesjugendprogramms, die Sicherung des Bestandes bestehender Angebote und die Sicherstellung vergleichbarer Lebensbedingungen in den Landkreisen ein.